



Die 1. Mai-Kundgebungen sind im Jahr 2020 wegen der Corona-Krise abgesagt. Grund genug für Landesbildungsvorsitzenden Bernd Dobesberger einen Blick auf die Geschichte des 1. Mai zu werfen und beispielhaft anhand von drei entscheidenden Jahren (1890, 1933 und 1979) die politische Bedeutung dieses Feiertages der arbeitenden Menschen zu veranschaulichen. Zugleich lehren uns die Auseinandersetzungen der Vergangenheit auf die sozialdemokratischen Errungenschaften zu achten und die Demokratie zu schützen.

Wir veröffentlichen die drei Geschichten zur Geschichte des 1. Mai wöchentlich bis zum 1. Mai 2020.

Abrufbar sind diese 1. Mai-Blitzlichter auf <https://renner-institut.spooe.at/downloads/>

Wer selbst individuelle Geschichten dazu beitragen oder Erinnerungen an 1. Mai-Feiern aufleben lassen möchte, ist aufgerufen, uns diese Erlebnisse und Eindrücke zu schicken (b.dobesberger@gmx.at oder annemarie.obermueller@spoe.at)

Geschichte eins

Der erste 1. Mai und die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag

Im Juli 1889 trafen sich 400 Vertreter von etwa 200 Arbeiterorganisationen aus ganz Europa, aber auch aus Argentinien, Ägypten und den USA in Paris zu einem Sozialistenkongress. Bei diesem Kongress wurde die Arbeiterinternationale (wieder)gegründet. Die Delegierten riefen dazu auf, den 1. Mai 1890 als Kampf- und Feiertag für gemeinsame Forderungen zu begehen.

Am Kongress nahm auch eine Delegation der erst wenige Monate zuvor gegründeten Sozialdemokratischen Partei aus Österreich unter der Führung von Victor Adler teil.

Am 1. Mai 1890 wurden tatsächlich in vielen Orten und Städten Österreichs die ersten Maifeiern begangen. Kaiser, Regierung, Adel und Bürgertum waren äußerst nervös, das Militär sollte Ruhe und Ordnung sicherstellen. Der Ablauf war zumeist ähnlich: Am Vormittag gab es in Sälen politische Kundgebungen, am Nachmittag bzw. am Abend gab es Feste und Feiern.

In Linz trafen sich die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen im Hatschek-Keller (dem späteren Märzen-Keller) zur politischen Kundgebung. Anton Weiguny, der führende Kopf der oberösterreichischen Sozialdemokratie, präsentierte eine Resolution, die von den Anwesenden einstimmig beschlossen wurde. Darin hieß es:

„Die am 1. Mai im Hatschek-Keller tagende Versammlung erklärt im Einverständnis mit den Beschlüssen des Pariser Arbeitercongresses, auf welchem die Arbeiter aller Länder durch über 400 Delegierte vertreten waren, daß die Forderung eines gesetzlich festzustellenden Normalarbeitstages, der in den wirtschaftlich entwickelten Ländern schon jetzt, unter Wahrung aller berechtigten Interessen der Industrie auf acht Stunden bemessen werden kann, sowie die übrigen von dem Pariser Congresse formulierten Forderungen des nationalen und internationalen Arbeiterschutzes eine Lebensfrage für das arbeitende Volk sind.“¹

¹ Zit. nach: Tages-Post, 2. Mai 1890, S. 4

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=tpt&datum=18900502&seite=4&zoom=33>